

Energie und Klima

Autor(en): **Demenga, Mileva**

Objektyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **86 (2008)**

Heft 3

PDF erstellt am: **10.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Energie und Klima

Mileva Demenga

Widerspruch 54: Energie und Klima. 224 S., Fr. 25.–. Im Buchhandel oder unter www.widerspruch.ch.

Umweltschutz, erhöhter Energieverbrauch, erneuerbare Energien – umweltpolitische Fragen sind nicht länger ausschliesslich Thema der Linken. Auch bürgerliche Parteien setzen Umweltbelange auf ihre politische Tagesagenda. In der 54. Ausgabe des *Widerspruchs* wird das Thema Energie und Klima aus einer sozialistischen Perspektive diskutiert. Der Umgang mit ökologischen Herausforderungen ist – von linker Seite betrachtet – nicht von der Frage nach sozialer Gerechtigkeit und einer kritischen Auseinandersetzung mit dem ökonomischen und politischen System abzutrennen. So macht die Redaktion des *Widerspruchs* auf die Dringlichkeit aufmerksam, «den Wechsel zu einem neuen nicht-fossilen Energieregime einzuleiten, das in ökologischer und sozialer Hinsicht global anwendbar ist».

Elmar Altvater teilt in seinem einleitenden Beitrag *Für ein neues Energiesystem. Mit Emissionshandel gegen Treibhauseffekte?* die Forderung nach einer weltweiten, grundlegenden Umwälzung des Energieregimes. Er sucht eine Antwort auf die Frage, ob «der Klimaschutz mit dem Instrument des Emissionszertifikatehandels» tatsächlich gefördert wird. Am Beginn des Aufsatzes steht eine Analyse «des Wirtschaftsguts Emissionszertifikat» im kapitalistischen System. Dabei differenziert Altvater analog zur im Ölmarkt gebräuchlichen Unterscheidung von *wet oil* und *paper oil* «das CO₂, das sich [...] in der Atmosphäre sammelt und für den Treibhauseffekt verantwortlich ist» und «das paper CO₂ in Gestalt von staatlich lizenzierten Verschmutzungsrechten der Atmosphäre durch Treibhausgase», die als verbrieft Zertifikate je nach Bedarf gekauft oder verkauft werden können. Altvater zeichnet den Prozess nach, durch den die Atmosphäre zu einem privaten Gut wurde, das den Gesetzen des liberalen Marktes unterworfen ist. Wird der Ausstoss von Treibhausgasen jedoch nur aus gewinnorientiertem Streben reduziert, so Altvaters These, besteht kein Anreiz, erneuerbare Energien zu entwickeln. Dies ist aber notwendig, denn es ist unmöglich, «CO₂-Emissionen am Ende der Energiekette [zu] senken, ohne an deren Anfang die Verbrennung von fossilen Energieträgern einzuschränken». Eine Stabilisation des Klimas kann erst erreicht werden, wenn fossile Brennstoffe «im Erdboden bleiben» und auf erneuerbare Energien zurückgegriffen wird. Altvater plädiert für einen «energetischen Regimewechsel», der eine «nachhaltige Änderung von Produktionsstrukturen und Konsummustern» erfordert.

Mit den Beiträgen von Hermann Scheer, Burghard Flieger/Herbert Klemisch sowie Armin Braunwalder werden drei Vorschläge formuliert, wie der notwendige «energetische Regimewechsel» vorangetrieben werden kann. In seinem Aufsatz *Energie – neu denken!* bestimmt Scheer die «Durchsetzung des Solarzeitalters» als «entscheidende Jahrhundertaufgabe». Nachdem man festgestellt habe, dass die Atomenergie keine Alternative zu fossilen Energiequellen darstellt, bleibe als dauerhafte Lösung allein die Nutzung der Sonnenenergie und deren Derivate. Diese garantieren nicht nur eine umweltverträgliche, sondern auch eine zeitlich unbegrenzte Alternative: «Der Zeithorizont des Solarzeitalters ist identisch mit der Existenz des Sonnenenergiesystems und damit mit dem Zeithorizont allen natürlichen Lebens auf der Erde.» Scheer stellt acht handlungsleitende Maximen vor, die bei einer «strukturellen Revolutionierung der Energiebereitstellung» beachtet werden müssen, denn der Übergang zum Solarzeitalter ist Scheer zufolge weit mehr als die Substituierung konventioneller durch solare Energieträger. Die Widerstände gegen die Investitionen in erneuerbare Energiequellen seitens der Politik, Wirtschaft und Forschung lassen sich darauf zurückführen, dass die gesamte Primärenergiewirtschaft der Erdöl-, Erdgas-, Kohle- und Uranförderer überflüssig würden.

Während Scheers Maximen als Handlungsanleitungen für Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und Forschung zu verstehen sind, betonen Flieger/Klemisch in ihrem Artikel *Eine andere Energiewirtschaft ist möglich* die Verantwortung der Einzelnen als bewusste VerbraucherInnen. Bestünde die Nachfrage nach sozial und ökologisch verträglich produzierten Dienstleistungen und Waren, reagiere sowohl der Markt als auch die Politik darauf. Flieger/Klemisch führen den deutschen Atomausstieg als erfolgreiches Beispiel für eine gelungene Einflussnahme der BürgerInnen an. Im Weiteren legen sie den Schwerpunkt auf die Rolle des «mitgestaltenden Konsumenten einer nachhaltigen Energiewirtschaft» in Energiegenossenschaften.

Armin Braunwalder greift mit seinem Beitrag *Zurück zur 2000-Watt-Gesellschaft* ein aktuelles und kontrovers diskutiertes Thema auf. Damit sich Energieminister Leuenbergers Bemerkung über das Modell der 2000-Watt-Gesellschaft («Eine solche Vision ist keine Illusion.») nicht als zu hoch gestecktes Ziel entpuppt, ist eine konsequente Effizienzstrategie gefordert. Resultate der Studie *Energieperspektiven 2050* haben gezeigt, dass 40 Prozent des gesamtschweizerischen Energieverbrauchs eingespart werden könnten, wenn «der gesamte Geräte-, Gebäude- und Fahrzeugpark der Schweiz auf wundersame Weise über Nacht durch Best-Technologien aus dem Jahr 2004 ersetzt würde». Soll die 2000-Watt-Gesellschaft keine Illusion bleiben, muss in einem ersten Schritt der Energieverschwendung durch verschärfte gesetzliche Vorschriften Einhalt geboten werden. Allein im «ernsthafte Willen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft» liegt Braunwalder zufolge der Weg, den Energieverbrauch drastisch zu senken – «und von diesem [Willen] sind wir auch in der Schweiz noch meilenweit entfernt.»

Im Beitrag *Die Mobilitätswende. Eine radikale Umweltbewegung tut not* von Beat Ringger wird ein kurzer, aber sehr informativer Abriss der Umweltbewegung seit den 60er Jahren gegeben. Ringger fokussiert auf die Mobilitätsfrage und betont,

dass «jede ernsthaft konzipierte Politik der Nachhaltigkeit [...] eine radikale Mobilitätswende» beinhalten muss.

Dass an einer Einschränkung des hohen Ressourcenverbrauchs in Industrieländern kein Weg vorbeiführt, unterstreicht auch Tilman Santarius in seinem Artikel *Was ist Ressourcengerechtigkeit*. Er zeigt auf, dass eine internationale Politik der Ressourcengerechtigkeit nicht nur einen Beitrag zur Umwelt- und Gerechtigkeitspolitik, sondern aufgrund der real werdenden Bedrohung durch Ressourcenkriege auch zur Sicherheits- und Friedenspolitik leistet.

Balthasar Glättlis Artikel mit dem Titel *Energiewende oder technokratische Politik?* setzt sich mit dem «spezifischen Beitrag der Grünen» in der Umweltpolitik auseinander. Er vertritt die pointierte These, dass die Partei ihre «spezifische politische Legitimität» verliert, wenn sie die Energiewende nicht als «Chance und Hebel für eine gerechtere und gleichzeitig freiere Gesellschaft» wahrnimmt. Glättli betont, dass Klimawandel, Rohstoffkrise und unsichere Energiezukunft als «eminente politische und gesellschaftliche Herausforderungen im Zusammenhang mit einer systemischen Krise der kapitalistischen Produktionsweise» begriffen werden müssen. Deshalb plädiert er dafür, «dezidiert politische Fragen zu formulieren» und fordert die Schweizer Grünen auf, nicht auf Konzepte wie Green Consumerism zu vertrauen. Am Beispiel der Umstellung auf Ökostrom des Elektrizitätswerks Zürich zeigt Glättli auf, dass «der Lösungsansatz der aufgeklärten KonsumentInnen [...] zumindest im Energiebereich kaum ein wichtiger Einflussfaktor zu sein [scheint]». Glättli widerspricht mit dieser Aussage dem oben besprochenen Beitrag von Flieger/Klemisch, die sich vom Konzept des mitgestaltenden Konsumenten gerade in der Energiewirtschaft viel erhoffen.

Neben Hanspeter Guggenbühl beschäftigt sich auch Bernhard Piller mit der schweizerischen Energiepolitik. In seinem fundierten Beitrag analysiert Piller die aktuelle Lage der Energieversorgung in der Schweiz. Es bestehe, hält er fest, eine grosse Importabhängigkeit von fossilen und atomaren Energierohstoffen aus geopolitisch instabilen Regionen. Statt die Diversifizierung der Energieversorgung und die Umstellung auf erneuerbare Energien voranzutreiben, habe der Bundesrat ein «Rennen mit der Zeit» aufgenommen. Piller erklärt sich die «energiepolitisch motivierten bundesrätlichen Reisen» der Bundesräte Calmy-Rey, Couchepin und Leuthard damit, dass die schweizerische Energiepolitik nicht realisiert habe, dass das «postfossile Zeitalter» begonnen hat und die Versorgungssicherheit durch erneuerbare Energien gewährleistet werden muss. In seiner klaren Stellungnahme warnt Piller vor drohenden Ressourcenkriegen, sollte sich die internationale Energiepolitik den veränderten Umständen nicht in nahster Zukunft anpassen. Nicht nur für die Schweiz bedeutet dies, dass einerseits auf «Schlüsseltechnologien der Zukunft» fokussiert, andererseits «der Pfad zur 2000 Watt-Gesellschaft» konsequent beschritten werden muss.

Während Brunnengraber/Dietz/Wolf die Energie- und Klimapolitik der EU aufs Korn nehmen, befasst sich Peter Niggli mit den globalen Folgen der Klimaerwärmung. Sein Artikel *Nachholende Industrialisierung bald am Ende?* ist ein überarbeiteter Auszug aus seinem im Rotpunktverlag erschienenem Buch *Der Streit um die Entwicklungshilfe. Mehr tun – aber das Richtige!*.

Die Autorin Tina Goethe beschäftigt sich in ihrem Beitrag mit dem höchst brisanten Thema der Agrotreibstoffe, die unter dem Namen «Biotreibstoffe» als «umweltfreundliche Antwort auf Folgen des Klimawandels und die hohen Erdölpreise propagiert» werden. Agrostoffe sind jedoch «weder biologisch hergestellt noch umweltverträglich». Vielmehr verstärke deren Produktion ökologische wie auch Ernährungsprobleme in Ländern des Südens. Gestützt durch Analysen des Internationalen Währungsfonds, der davon ausgeht, dass die Nachfrage nach Agrotreibstoffen 20–30 Prozent der steigenden Preise für Grundnahrungsmittel erklärt, geht Goethe dem Zusammenhang zwischen der Produktion von Agrotreibstoffen und der «neuen Ära des Hungers» auf die Spur. Mit SWISSAID teilt sie die Bedenken, dass selbst mit der Zertifizierung von Agrotreibstoffen keine bedeutende Entlastung des Konflikts erreicht würde: «Es besteht die Gefahr, dass Zertifizierungen als Marketinginstrumente zur Beruhigung kritischer KonsumentInnen missbraucht werden, ohne dass sich etwas für die betroffenen Länder und deren Bevölkerung verbessert.» Sie betont, dass die Förderung der Produktion und des Imports von Agrotreibstoffen lediglich eine «befristete Verlängerung des aktuellen, auf fossilen Rohstoffen basierenden Energiemodells» ermöglicht und nicht zur Lösung des Energieproblems beiträgt. Am Ende dieses sehr lesenswerten Artikels stellt Goethe konkrete Forderungen an die Schweizer Politik.

Der zweite aus weiblicher Hand stammende Artikel im Hauptteil des *Widerspruchs* trägt den Titel *(Re)Produktivität. Nachhaltige Natur- und Geschlechterverhältnisse*. Das Autorinnen-Duo Adelheid Biesecker und Sabine Hofmeister formuliert eingangs des Beitrags die These, dass die Umweltkrise wie auch die Gering-schätzung der Reproduktionsarbeit – damit ist die unbezahlte Arbeit von Frauen gemeint – ihre Ursache in den bestehenden ökonomischen Verhältnissen haben: «Von Anbeginn der Entwicklung der ökonomischen Theorie der Moderne an werden Produktivitäten sozial weiblicher Tätigkeit und ökologischer Prozesse *abgetrennt*, aus der Bestimmung dessen, was als Ökonomie gilt.» Mit dem Begriff *Re(Produktivität)* wollen die Autorinnen die scharfe Trennung zwischen Produktivem und Reproduktivem überwinden und daraus einen Produktionsbegriff entwickeln, der sowohl ein gestaltendes als auch ein erhaltendes Element beinhaltet. So erlangt Letzteres den Status eines «eigenständigen Ziels (re)produktiven, d. h. nachhaltigen Wirtschaftens». Der Artikel wird mit einer Anspielung auf Musil abgeschlossen: «Nachhaltige Entwicklung braucht *Möglichkeitssinn*. Und nachhaltige Entwicklung braucht Räume, in denen sich der *Möglichkeitssinn* der Menschen entfalten darf.»

Neben dem Hauptteil des *Widerspruchs* beinhaltet auch der Diskussions- und Rezensionsteil einige äusserst spannende Beiträge zum Thema. Es ist bemerkenswert, dass sich Erläuterungen der AutorInnen keineswegs in der blossen Informationsvermittlung oder der – unbedingt notwendigen – Kritik an der gegenwärtigen Umwelt- und Klimapolitik erschöpfen. In der neuen Ausgabe des *Widerspruchs* werden auch Alternativen erarbeitet und überdacht sowie konkrete Forderungen formuliert. So gewährt der *Widerspruch* Raum nicht nur für den Möglichkeits-, sondern auch für den Wirklichkeitssinn von Menschen, die sich für ein nachhaltiges, sozial- und umweltverträgliches Energieregime einsetzen.